

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes Christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Kr. 2.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln, den 14. Januar 1916.

Inserationspreis für die viersp. Zeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Venloerwall 9. Telefonruf B. 1546. — Redaktionschluss ist Montag Mittag.

17. Jahrg.

Die Bevölkerungsfrage.

Die Frage der Vermehrung der Volkszahl wird in Kriegszeiten vielleicht mehr als sonst gewürdigt. Wenigstens weiß man dann ganz genau, daß die Masse auch noch etwas gilt. Auf Rußland setzten die leutearmen Franzosen ihre größten Hoffnungen. Die nötigen Menschenmassen des europäischen und asiatischen Rußland sollten als Dampfvalve über unsere Ostgrenzen gehen. Ohne Zweifel beruht die Kraft des russischen Reiches in seinen großen Menschenreserven. Im Vergleiche dazu kann Frankreich ein armes Land genannt werden. Die Bevölkerungsziffer hat seit 1870 fast völlig stille gestanden. Damals wie heute zählte Frankreich zwischen 38- und 39 Millionen Menschen. Deutschland, das damals etwa die gleiche Volkszahl hatte, hat diese inzwischen auf nahezu 70 Millionen vermehrt. Und wir können dessen froh sein. Wo ständen wir jetzt, wenn wir 10 bis 20 oder 30 Millionen Menschen weniger hätten? — Das eine ist ja sicher, die Zahl allein entscheidet den Krieg nicht. Sie ist aber ein wesentlicher Punkt für die Entscheidung. Deshalb darf man aber auch den Satz aufstellen: Diejenigen Familien, die das meiste Soldatenmaterial liefern, die kinderreichen Familien, haben sich ein großes Verdienst um das Vaterland erworben.

Wie unsere Statistiker nun nachweisen, schreitet die Volksvermehrung in den letzten Jahren nicht in dem Maße weiter, wie in früheren Jahrzehnten, beispielsweise wie in den 1870er und 80er Jahren.

Die Ursachen sind leicht erklärlich. Bei dem sorgreichen Existenzkampf, den das moderne Wirtschaftsleben heraufbeschworen hat, ist manchem Familienvater die wachsende Kinderchar eine Last, die ihn zu Boden drückt. Wenn er sieht, wie andere, zumeist besser gestellte Leute nur wenige, meist nur 1 bis 2 Kinder haben, wenn ihm bei der Wohnungssuche mit den Worten: „Wir nehmen keine Leute mit soviel Kindern“ die Türe vor der Nase zugeschlagen wird, so kann man sich die Wirkung derartiger Zustände leicht vorstellen. Man braucht sich daher nicht lange nach den Ursachen des Rückganges der Geburten umzusehen. Ein Teil dieser Ursachen bilden ohne Zweifel die wirtschaftlichen Belastungen und Nachteile, die mit der Erziehung und dem Unterhalt einer größeren Kinderchar verbunden sind. Mit der Geburt fängt es an. Unkosten und Gefahr. Bei größerer Kinderzahl wächst die Gefahr der Sterblichkeit. Jeder Sterbefall bringt neue Unkosten. Kurzum — ohne die Kostenfrage eingehend zu behandeln, läßt sich doch sagen — die Leute mit den weniger Kindern werden in weiten Volkskreisen als die „Mügeren“ angesehen. Es liegt aber im vaterländischen Interesse, daß diese Auffassung und der damit verbundene Zustand beseitigt wird.

Vor nicht langer Zeit hat sich nun eine „Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungspolitik“ gebildet, die in dieser Richtung arbeiten will und in ihrer ersten Vorstandssitzung am 14. Nov. 1915 unter Vorsitz von Professor Julius Wolf sechs Anträge zum Beschluß erhoben hat, deren zweiter die Frage der Milchversorgung berührt. Antrag 5 und 6 geben wir nachstehend wieder:

5. Die Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungspolitik richtet an die deutsche Unternehmerschaft die Bitte, bei Bewilligung von Teuerungszulagen an ihre Beamten und Arbeiter vor allem die Verheirateten mit einer größeren Kinderzahl zu berücksichtigen und demgemäß die Teuerungszulagen abzustufen. Mitteilungen über eine derartige Praxis an die Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungspolitik werden erbeten.

6. Eine Kommission zur Erörterung der Wohnungsfrage unter bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten und eine weitere für die Siedelungsfrage wird eingesetzt.

So sehr es auch zu begrüßen ist, daß weite Kreise und die Gelehrtenwelt sich mit dieser Angelegenheit befassen, so darf davon allein eine Besserung nicht erhofft werden. Es ist notwendig, daß sich die Arbeiterschaft dieser Sache, der Sorge für den Nachwuchs, ihrer ureigenen Angelegenheit selber energisch annimmt. Staat und Reich, Gesellschaft und Gemeinde brauchen den Nachwuchs, brauchen ihn vom wirtschaftlichen Standpunkt notwendiger als der Einzelne. Im Allgemein-Interesse werden daher Reich, Staat und Gemeinde mehr als bisher die Lasten der kinderreichen Familien erleichtern müssen, damit die wirtschaftlichen Ursachen der Kinderarmut, des Geburtenrückganges und der Kindersterblichkeit soweit wie möglich behoben werden.

Kleine Anfänge liegen nach dieser Seite ja bereits vor. Man denke hier an die staatlichen Prämien, die in Frankreich kinderreichen Familien gewährt werden.

Bei uns wird hoffentlich die Angelegenheit gründlicher von den verantwortlichen Stellen behandelt werden. Es dürfte auch die Sache unserer führenden Kollegen sein, die obengenannte Gesellschaft für Bevölkerungspolitik mit praktischen Vorschlägen zu beeinflussen, denn „man soll das Kind nicht mit dem Bade ausschütten.“

Auch das Reich und Preußen zeigen kleine Anfänge in gedachter Hinsicht, so daß Verbesserungsvorschläge wohl auf unüberwindliche Hindernisse nicht stoßen dürften, wenn man dem Volke, das die größten Lasten trägt, helfen will.

Das preussische Einkommenssteuergesetz sieht bereits eine Berücksichtigung der Steuerzahler mit Kindern vor. Beim Vorhandensein 1—2 Kindern unter 14 Jahren und ältere ohne eigenes Einkommen ermäßigt sich der Steuerbetrag um eine Stufe, bei 3—4 Kindern um zwei, bei 5—6 Kindern um drei Stufen u. s. f. Das ist wenigstens ein Anfang. Zu erstreben wäre, daß die Ermäßigung mit der größeren Kinderzahl sich entsprechend fortschreitend (progressiv) steigert, so daß die sehr kinderreichen Familien besonders berücksichtigt sind.

Auch die Reichs-Verf.-Ordn. hat den Gedanken, dem Familienvater einen Teil der Sorge für die Kinder abzunehmen, verwirklicht: 1. in der Kinderzuschussrente, die aber für das 6. und jedes folgende Kind einen höheren Zuschuß nicht gewährt; 2. in der Hinterbliebenenfürsorge. Hinsichtlich

Wer seine Rechte im Verbands nicht verlieren will, darf seine Pflichten nicht vergessen. Haltet darum die Mitgliedsbücher stets in bester Ordnung.

der Waisenfürsorge ist auch nur unzulänglich die steigende Kinderzahl berücksichtigt. Die Rente für das erste Kind ist höher bemessen, als die Renten der folgenden Kinder. Von einer Fürsorge für die kinderreichen Familien ist also auch hier keine Rede, eher könnte man von einer zwar unbeachteten, aber tatsächlichen Prämie für kinderarme Familien reden.

Um die Beseitigung einer hier zu Tage getretenen Schwäche herbeizuführen, faßte der Ausschuß der Landesversicherungsanstalt „Rheinprovinz“, der größten des Reiches, in seiner Sitzung vom 20. November 1915 den Beschluß, dem Bundesrat und Reichstage „eine Aufbesserung der Waisenbezüge vorzuschlagen, etwa in der Weise, daß für jede berechnete Waise als Rentenanteil der Versicherungsanstalt $\frac{1}{20}$ des Grundbetrages und der Steigerungssätze gewährt werden und daß auch die vor dem 1. Januar 1912 geleisteten Beiträge zur Anrechnung gelangen.“

Das sind nur einzelne Gebiete, auf denen man praktische Bevölkerungspolitik treiben kann. Es liegt aber ein weites Gebiet der öffentlich-rechtlichen Fürsorge offen, an dem wir mitarbeiten wollen. Die Annahme dieses Antrages durch die Parlamente wird uns einen Schritt weiter bringen.

Selbstredend spielt bei dem Kapitel Geburtenrückgang auch die Moral eine sehr wichtige Rolle. Darüber zu schreiben, ist hier jedoch nicht die geeignete Stelle. Hier handelt es sich um die materiellen Ursachen jener Zeiterscheinung. Werden die materiellen Ursachen beseitigt, dann ist zu hoffen, daß das Eis gebrochen wird. Im Uebrigen ist es nicht mehr wie selbstverständliche Pflicht der Allgemeinheit, denjenigen zu helfen, die die meisten Soldaten stellen.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 2. Wochenbeitrag im Jahre 1916 für die Zeit vom 9. Januar bis 15. Januar fällig ist.

Abrechnung für das 4. Vierteljahr. Die am Jahreschluss noch etwa restierenden Beiträge einiger Mitglieder dürfen kein Grund sein, die Abrechnung hinaus zu schieben. Sobald die Abrechnung fertiggestellt ist und es sind noch Mitglieder mit ihren Beiträgen innerhalb der in den Satzungen vorgezeichneten Grenzen rückständig, so werden dafür neue Marken für 1916 verwendet. In solchen Ausnahmefällen

dürfen also Marken für 1916 für die letzten Wochen im Jahre 1915 verwendet werden, dagegen dürfen umgekehrt die Marken für 1915 unter keinen Umständen für 1916 benutzt werden.

Berichte aus den Zahlstellen.

Düsseldorf. Der große und lange Krieg, der schon so viele und oft tiefergehende Veränderungen hervorgerufen hat, ist auch an unserer, einst so blühenden Zahlstelle nicht spurlos vorübergegangen. Die Mitgliederzahl, welche im Juli 1914 eine Höhe von 110—120 erreicht hatte, ist bis zum heutigen Tage auf einen kleinen Rest zusammengeschrumpft. Würde man nun aber glauben, daß unter diesen Verhältnissen das Leben in der Zahlstelle aufgehört habe zu pulsieren, so könnte man eines anderen belehrt werden in unserer letzten Versammlung, die am Sonntag, den 19. Dezember stattfand. Denn an Stelle unserer im Felde fehlenden Kollegen waren unsere Kriegerfrauen vollzählig erschienen. Und das Thema des Vortrages, den der aus Ostpreußen hier in Urlaub weilende Kollege Schürmeyer hielt, stand ebenfalls im Zeichen des Krieges. Der Referent sprach über die aktuelle Frage der „Kriegerheimstätten“, schilderte die Uebelstände auf dem Wohnungsmarkte, die daraus sich ergebenden vielfachen Schäden auf so manchen Gebieten, welche nach Beendigung des Weltkrieges sich zu einer Katastrophe auswachsen können, wenn nicht für Abhilfe gesorgt wird. Das Grundübel aber ist der Bodenmangel von heute, der solche Zustände entstehen läßt. Und da sind es die bekannnten Forderungen nach einer Bodenreform, die hier helfen könne. Die Schaffung von Kriegerheimstätten durch Miethilfe des Staates ist der erste Schritt zur Verwirklichung des Programms und gleichzeitig eine moralische Pflicht des Staates, der seinen Verdiensten auf diese Weise danken kann. Unsere Feldkriegerfrauen, die Gut und Blut für ihr Vaterland opfern, haben's voll und ganz verdient und hoffen auf die Erfüllung ihrer Wünsche. Nach Beendigung des mit Interesse aufgenommenen Vortrages nahm der Vorsitzende, Kollege Benmann, die Auszahlung der Weihnachtsgabe unter Führung vor. Sie möge neben dem Gehörten unsern Frauen ein Ansporn sein, nach dem Kriege mehr noch wie bisher ihre Männer anzuhalten, dem Verbands und unserer Arbeiterbewegung treu zu bleiben und allezeit zu ihrer Stärkung beizutragen.

Köln. Die Verteilung der Weihnachtsgabe an die Kriegerfrauen erfolgte in unserer Zahlstelle in drei Lokalen und zwar am 12. Dezember in Mülheim, am 18. in Ehrenfeld und am 19. in Köln innere Stadt. Die Lokale waren zur festgesetzten Zeit gefüllt von Frauen und Mitgliedern. Geleitet wurden die Veranstaltungen von dem Zahlstellenvorsitzenden, Kollegen Dittmann, der in kurzen Worten die Anwesenden begrüßte und den Zweck der Zusammenkunft hervorhob. Der Verteilung der Gaben voraus gingen dann ebenfalls noch Ansprachen, die auf das diesjährige Weihnachtstfest und auf das Verbandsleben Bezug nahmen. In Mülheim wurde die Ansprache vom Kollegen Bergmann, Sekretär des Gesamtverbandes, und in Ehrenfeld und Köln vom Zentralvorsitzenden, Kollegen Kurtscheid, gehalten. Eine große Anzahl von Dankschreiben aus dem Felde beweisen, daß unsere Feldkriegerfrauen sich nicht minder wie die Frauen zu Hause über die Weihnachtsgabe und die von der Zahlstelle ins Feld geschickten Pakete freuen haben. Möge es der letzte Kriegsheihnachten gewesen sein, und mögen unsere lieben Kollegen im Felde bald wieder in unsere Reihen zurückkehren.

Gewerkschaftliches.

Aus den christlichen Gewerkschaften der Schweiz. Die christlichen Gewerkschaften der Schweiz hielten am 12. Dezember eine Ausschusssitzung ab, die sich mit wichtigen inneren Angelegenheiten beschäftigte. Zunächst befaßte sich die Sitzung mit dem Rücktritt des Kollegen Brielmaier als Sekretär des Gewerkschaftsbundes und mit der Neubesezung dieser Stelle. Kollege Brielmaier hat fürsüchlich eine Stelle als Verwalter der Genossenschaft Konkordia angetreten. Die Ausschusssitzung war der Ansicht, die freigewordene Sekretärstelle unbedingt gleich wieder zu besetzen. Wenn auch die finanzielle Situation nicht gerade eine rosige genannt werden könnte, so müßten die Verbände eventuell ein vermehrtes Opfer auf sich nehmen. Mit Einstimmigkeit wurde hierauf der von dem Bundeskomitee vorgeschlagene Kollege Müller, bisher Sekretär des christlichen Holzarbeiterverbandes, zum Sekretär des christlichen Gewerkschaftsbundes gewählt. Auch als Präsident des Gewerkschaftsbundes wurde er der Nachfolger des Kollegen Brielmaier.

Zu einem weiteren Punkte der Tagesordnung behandelte Kollege Müller in einem Vortrage die „neuezeitlichen Erscheinungen auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung“, dem er folgende Leitsätze zu Grunde legte:

1. Arbeitsgemeinschaft. Die du und dort zu Tage tretenden Anzeichen einer Annäherung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, bezw. deren Organisationen, sind zu begrüßen. Es liegt eine solche Annäherung und Verständigung im beidseitigen Interesse. Eine nachhaltige Führung des Gewerbes — Herbeiführung besserer Zustände im Submissionswesen, höhere Bewertung der gewerblichen Arbeit u. a. m. — kann nur durch entsprechende Zusammenarbeit der Produzenten, also Arbeitgeber und Arbeitnehmer, er-

Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin. Eine Zusammenkunft der Kriegerfrauen gelegentlich der Ausgestaltung der Weihnachtsgabe hatte unsere Zahlstelle für den 20. Dezember einberufen, die trotz des großen Schneewetters sehr stark besucht war.

Tag und Volksvertretung wollen einen ehrenvollen Frieden. Unsere Feinde aber denken zurzeit noch nicht daran, trotz ihrer vielen Niederlagen hoffen sie noch immer auf den Endsieg.

Gewerkschaftliches.

Aus der Tarifbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiete. Bekanntlich ist eine größere Gruppe von Tarifverträgen für das Schreinergerwerbe im rheinisch-westfälischen Industriegebiete zuletzt im Jahre 1912 mit dem Rheinisch-Westfälischer Innungsverband und dem Westdeutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe abgeschlossen.



Unsere Helden.

Den Heldentod fürs Vaterland

starben unsere Verbandsmitglieder: Adolf Schubert, Zahlstelle Gärlich, gestorben im Felde Lazarett in Russland. Verichtigung: Das in voriger Nummer veröffentlichte Mitglied Josef Wien gehörte der Zahlstelle Dortmund an.

Das Eisene Kreuz

erhielten unsere Verbandsmitglieder: Karl Gahr, Vorstandsmitglied der Zahlstelle Gelsenkirchen, unter gleichzeitiger Beförderung zum Unteroffizier. Heinrich Behrens, Vorstandsmitglied der Zahlstelle Gelsenkirchen, seit längerer Zeit vermisst. Andreas Wohlhahrt, Zahlstelle Schweinfurt. Josef Wittag, Zahlstelle Lüdenscheid.

Abrechnung des Verbandes für das III. Vierteljahr 1915.

I. Hauptkasse.

Table with columns: A. Einnahmen und Ausgaben, a) Einnahmen, b) Ausgaben. Lists various financial items and their amounts.

Table with columns: B. Ausgaben, C. Abschluß, D. Bestand für das IV. Vierteljahr 1915. Lists various financial items and their amounts.

II. Ortskassen.

Table with columns: Einnahmen, Ausgaben, Abschluß. Lists financial data for local branches.

Table with columns: Ausgaben, Abschluß. Lists financial data for local branches.

Mit Rücksicht auf die Kriegslage hat unser Vorstand im Einvernehmen mit den beteiligten Zahlstellen beschlossen, von einer Kündigung der Verträge Abstand zu nehmen.

Zur Abrechnung.

Während des Krieges ist es die fünfte Abrechnung, die den Mitgliedern unterbreitet wird. Die Zahlen schon zeigen es an, daß es wiederum eine Kriegsabrechnung ist, bei der ein Vergleich mit den Abrechnungen zu Friedenszeiten nicht gut angängig ist.

Wir suchen einen pers. erf. Tischhändler, einen erf. Heizmeister oder erf. Schlichter und je 2 tüchtige Polsterer und Tischler auf best. Maß i. hies. u. ausw. u. best. Technik. Auf Kriegswahl werden beständig ist.

Frankfurt a. M. Arbeitsnachweis nach Büro Reichstr. 22. Telefon-Nr. I 9440. Hamburg. Arbeitsnachweis nach Büro Bremerstraße 25. Telefon Gruppe V 1478.

Jahrbuch 1916. Jedem Mitgliede ist die Anschaffung des Jahrbuches dringend zu empfehlen. Der Preis beträgt 50 Pfg. ausschl. Porto. Zu bestellen bei der Geschäftsstelle des Verbandes, Köln, Venloerwall 9.

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Kr. 2.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratentnahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln, den 14. Januar 1916.

Inserationspreis für die vierteljährliche Zeit 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Denloerwall 9. Telefonruf B. 1546. — Redaktionschluss ist Montag Mittag.

17. Jahrg.

Die Bevölkerungsfrage.

Die Frage der Vermehrung der Volkszahl wird in Kriegszeiten vielleicht mehr als sonst gewürdigt. Wenigstens weiß man dann ganz genau, daß die Masse auch noch etwas gilt. Auf Rußland setzten die leutearmen Franzosen ihre größten Hoffnungen. Die nötigen Menschenmassen des europäischen und asiatischen Rußland sollten als Dampfwalze über unsere Ostgrenzen gehen. Ohne Zweifel beruht die Kraft des russischen Reiches in seinen großen Menschenreserven. Im Vergleiche dazu kann Frankreich ein armes Land genannt werden. Die Bevölkerungsziffer hat seit 1870 fast völlig stille gestanden. Damals wie heute zählte Frankreich zwischen 38- und 39 Millionen Menschen. Deutschland, das damals etwa die gleiche Volkszahl hatte, hat diese inzwischen auf nahezu 70 Millionen vermehrt. Und wir können dessen froh sein. Wo ständen wir jetzt, wenn wir 10 bis 20 oder 30 Millionen Menschen weniger hätten? — Das eine ist ja sicher, die Zahl allein entscheidet den Krieg nicht. Sie ist aber ein wesentlicher Punkt für die Entscheidung. Deshalb darf man aber auch den Satz aufstellen: Diejenigen Familien, die das meiste Soldatenmaterial liefern, die kinderreichen Familien, haben sich ein großes Verdienst um das Vaterland erworben.

Wie unsere Statistiker nun nachweisen, schreitet die Volksvermehrung in den letzten Jahren nicht in dem Maße weiter, wie in früheren Jahrzehnten, beispielsweise wie in den 1870er und 80er Jahren.

Die Ursachen sind leicht erklärlich. Bei dem sorgreichen Existenzkampf, den das moderne Wirtschaftsleben heraufbeschworen hat, ist manchem Familienvater die wachsende Kinderziffer eine Last, die ihn zu Boden drückt. Wenn er sieht, wie andere, zumeist besser gestellte Leute nur wenige, meist nur 1 bis 2 Kinder haben, wenn ihm bei der Wohnungssuche mit den Worten: „Wir nehmen keine Leute mit soviel Kindern“ die Türe vor der Nase zugeschlagen wird, so kann man sich die Wirkung derartiger Zustände leicht vorstellen. Man braucht sich daher nicht lange nach den Ursachen des Rückganges der Geburten umzusehen. Ein Teil dieser Ursachen bilden ohne Zweifel die wirtschaftlichen Belastungen und Nachteile, die mit der Erziehung und dem Unterhalt einer größeren Kinderziffer verbunden sind. Mit der Geburt fängt es an. Unkosten und Gefahr. Bei größerer Kinderzahl wächst die Gefahr der Sterblichkeit. Jeder Sterbefall bringt neue Unkosten. Kurzum — ohne die Kostenfrage eingehend zu behandeln, läßt sich doch sagen — die Leute mit den weniger Kindern werden in weiten Volkskreisen als die „Kügeren“ angesehen. Es liegt aber im väterlichen Interesse, daß diese Auffassung und der damit verbundene Zustand beseitigt wird.

Vor nicht langer Zeit hat sich nun eine „Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungspolitik“ gebildet, die in dieser Richtung arbeiten will und in ihrer ersten Vorstandssitzung am 14. Nov. 1915 unter Vorsitz von Professor Julius Wolf sechs Anträge zum Beschluß erhoben hat, deren zweiter die Frage der Milchversorgung berührt. Antrag 5 und 6 geben wir nachstehend wieder:

5. Die Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungspolitik richtet an die deutsche Unternehmerrschaft die Bitte, bei Bemüßung von Teuerungszulagen an ihre Beamten und Arbeiter vor allem die Verheirateten mit einer größeren Kinderzahl zu berücksichtigen und demgemäß die Teuerungszulagen abzustufen. Mitteilungen über eine derartige Praxis an die Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungspolitik werden erbeten.

6. Eine Kommission zur Erörterung der Wohnungsfrage unter bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten und eine weitere für die Siedelungsfrage wird eingesetzt.

So sehr es auch zu begrüßen ist, daß weite Kreise und die Gelehrtenwelt sich mit dieser Angelegenheit befassen, so darf davon allein eine Besserung nicht erhofft werden. Es ist notwendig, daß sich die Arbeiterschaft dieser Sache, der Sorge für den Nachwuchs, ihrer ureigenen Angelegenheit selber energisch annimmt. Staat und Reich, Gesellschaft und Gemeinde brauchen den Nachwuchs, brauchen ihn vom wirtschaftlichen Standpunkt notwendiger als der Einzelne. Im Allgemein-Interesse werden daher Reich, Staat und Gemeinde mehr als bisher die Lasten der kinderreichen Familien erleichtern müssen, damit die wirtschaftlichen Ursachen der Kinderarmut, des Geburtenrückganges und der Kindersterblichkeit soweit wie möglich behoben werden.

Kleine Anfänge liegen nach dieser Seite ja bereits vor. Man denke hier an die staatlichen Prämien, die in Frankreich kinderreichen Familien gewährt werden.

Bei uns wird hoffentlich die Angelegenheit gründlicher von den verantwortlichen Stellen behandelt werden. Es dürfte auch die Sache unserer führenden Kollegen sein, die obengenannte Gesellschaft für Bevölkerungspolitik mit praktischen Vorschlägen zu beeinflussen, denn „man soll das Kind nicht mit dem Bade ausschütten.“

Auch das Reich und Preußen zeigen kleine Ansätze in gedachter Hinsicht, so daß Verbesserungsvorschläge wohl auf unüberwindliche Hindernisse nicht stoßen dürften, wenn man dem Volke, das die größten Lasten trägt, helfen will.

Das preussische Einkommensteuergesetz sieht bereits eine Berücksichtigung der Steuerzahler mit Kindern vor. Beim Vorhandensein 1—2 Kindern unter 14 Jahren und ältere ohne eigenes Einkommen ermäßigt sich der Steuerbetrag um eine Stufe, bei 3—4 Kindern um zwei, bei 5—6 Kindern um drei Stufen u. s. f. Das ist wenigstens ein Anfang. Zu erstreben wäre, daß die Ermäßigung mit der größeren Kinderzahl sich entsprechend fortschreitend (progressiv) steigert, so daß die sehr kinderreichen Familien besonders berücksichtigt sind.

Auch die Reichs-Verf.-Ordn. hat den Gedanken, dem Familienvater einen Teil der Sorge für die Kinder abzunehmen, verwirklicht: 1. in der Kinderzuschusse, die aber für das 6. und jedes folgende Kind einen höheren Zuschuß nicht gewährt; 2. in der Hinterbliebenenfürsorge. Hinsichtlich

Wer seine Rechte im Verbands nicht verlieren will, darf seine Pflichten nicht vergessen. Haltet darum die Mitgliedsbücher stets in bester Ordnung.

der Waisenfürsorge ist auch nur unzulänglich die steigende Kinderzahl berücksichtigt. Die Rente für das erste Kind ist höher bemessen, als die Renten der folgenden Kinder. Von einer Fürsorge für die kinderreichen Familien ist also auch hier keine Rede, eher könnte man von einer zwar unbeachteten, aber tatsächlichen Prämie für kinderarme Familien reden.

Um die Beseitigung einer hier zu Tage getretenen Schwäche herbeizuführen, faßte der Ausschuß der Landesversicherungsanstalt „Rheinprovinz“, der größten des Reiches, in seiner Sitzung vom 20. November 1915 den Beschluß, dem Bundesrat und Reichstage „eine Aufbesserung der Waisenbezüge vorzuschlagen, etwa in der Weise, daß für jede berechnete Waise als Rentenanteil der Versicherungsanstalt $\frac{1}{30}$ des Grundbetrages und der Steigerungssätze gewährt werden und daß auch die vor dem 1. Januar 1912 geleisteten Beiträge zur Anrechnung gelangen.“

Das sind nur einzelne Gebiete, auf denen man praktische Bevölkerungspolitik treiben kann. Es liegt aber ein weites Gebiet der öffentlich-rechtlichen Fürsorge offen, an dem wir mitarbeiten wollen. Die Annahme dieses Antrages durch die Parlamente wird uns einen Schritt weiter bringen.

Selbstredend spielt bei dem Kapitel Geburtenrückgang auch die Moral eine sehr wichtige Rolle. Darüber zu schreiben, ist hier jedoch nicht die geeignete Stelle. Hier handelt es sich um die materiellen Ursachen jener Zeiterscheinung. Werden die materiellen Ursachen beseitigt, dann ist zu hoffen, daß das Eis gebrochen wird. Im Uebrigen ist es nicht mehr wie selbstverständliche Pflicht der Allgemeinheit, denjenigen zu helfen, die die meisten Soldaten stellen.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 2. Wochenbeitrag im Jahre 1916 für die Zeit vom 9. Januar bis 15. Januar fällig ist.

Abrechnung für das 4. Vierteljahr. Die am Jahres-schluss noch etwa restierenden Beiträge einiger Mitglieder dürfen kein Grund sein, die Abrechnung hinaus zu schieben. Sobald die Abrechnung fertiggestellt ist und es sind noch Mitglieder mit ihren Beiträgen innerhalb der in den Sitzungen vorgegebenen Grenzen rückständig, so werden dafür neue Marken für 1916 verwendet. In solchen Ausnahmefällen

dürfen also Marken für 1916 für die letzten Wochen im Jahre 1915 verwendet werden, dagegen dürfen umgekehrt die Marken für 1915 unter keinen Umständen für 1916 benutzt werden.

Bericht aus den Zahlstellen.

Obabrück. Der große und lange Krieg, der schon so viele und oft tiefgehende Veränderungen hervorgerufen hat, ist auch an unserer, einst so blühenden Zahlstelle nicht spurlos vorübergegangen. Die Mitgliederzahl, welche im Juli 1914 eine Höhe von 110—120 erreicht hatte, ist bis zum heutigen Tage auf einen kleinen Rest zusammengeschmolzen. Wollte man nun aber glauben, daß unter diesen Verhältnissen das Leben in der Zahlstelle aufgehört habe zu pulsieren, so könnte man eines anderen belehrt werden in unserer letzten Versammlung, die am Sonntag, den 19. Dezember stattfand. Denn an Stelle unserer im Felde stehenden Kollegen waren unsere Kriegerfrauen vollzählig erschienen. Das Thema des Vortrages, den der aus Dispenzen hier in Urlaub weilende Kollege Schürmeyer hielt, stand ebenfalls im Zeichen des Krieges. Der Referent sprach über die aktuelle Frage der „Kriegerheimstätten“, schilderte die Uebelstände auf dem Wohnungsmarkte, die daraus sich ergebenden vielfachen Schäden auf so manchen Gebieten, welche nach Beendigung des Weltkrieges sich zu einer Katastrophe auswachsen können, wenn nicht für Abhilfe gesorgt wird. Das Grundübel aber ist der Bodenwucher von heute, der solche Zustände erstehen läßt. Und da sind es die bekannnten Forderungen nach einer Bodenreform, die hier helfen könne. Die Schaffung von Kriegerheimstätten durch Miethilfe des Staates ist der erste Schritt zur Verwirklichung des Programms und gleichzeitig eine moralische Pflicht des Staates, der seinen Verteidigern auf diese Weise danken kann. Unsere Feldgrauen, die Gut und Blut für ihr Vaterland opfern, Leben's vollauf verdient und hoffen auf die Erfüllung ihrer Wünsche. Nach Beendigung des mit Interesse aufgenommenen Vortrages nahm der Vorsitzende, Kollege Wensmann, die Auszahlung der Weihnachtsummerfützung vor. Sie möge neben dem Gehörten unsern Frauen ein Ansporn sein, nach dem Kriege mehr noch wie bisher ihre Männer anzuhalten, dem Verbands und unserer Arbeiterbewegung treu zu bleiben und allezeit zu ihrer Stärkung beizutragen.

Köln. Die Verteilung der Weihnachtsgabe an die Kriegerfrauen erfolgte in unserer Zahlstelle in drei Lokalen und zwar am 12. Dezember in Mülheim, am 18. in Ehrenfeld und am 19. in Köln innere Stadt. Die Lokale waren zur festgesetzten Zeit gefüllt von Frauen und Mitgliedern. Geleitet wurden die Veranstaltungen von dem Zahlstellenvorsitzenden, Kollegen Döstenburg, der in kurzen Worten die Anwesenden begrüßte und den Zweck der Zusammenkunft hervorhob. Der Verteilung der Gaben voraus gingen dann ebenfalls noch Anreden, die auf das diesjährige Weihnachtstfest und auf das Verbandsleben Bezug nahmen. In Mülheim wurde die Anrede vom Kollegen Bergmann, Sekretär des Gesamtverbandes, und in Ehrenfeld und Köln vom Zentralvorsitzenden, Kollegen Kurtzweid, gehalten. Eine große Anzahl von Dankschreiben aus dem Felde bewiesen, daß unsere Feldgrauen Kollegen sich nicht minder wie die Frauen zu Hause über die Weihnachtsgabe und die von der Zahlstelle ins Feld geschickten Päckchen gefreut haben. Möge es der letzte Kriegswihnachten gewesen sein, und mögen unsere lieben Kollegen im Felde bald wieder in unsere Reihen zurückkehren.

Gewerkschaftliches.

Nach den christlichen Gewerkschaften der Schweiz. Die christlichen Gewerkschaften der Schweiz hielten am 12. Dezember eine Ausschusssitzung ab, die sich um wichtigen inneren Angelegenheiten beschäftigte. Zunächst befaßte sich die Sitzung mit dem Rücktritt des Kollegen Brielmaier als Sekretär des Gewerkschaftsbundes und mit der Neubesezung dieser Stelle. Kollege Brielmaier hat kürzlich eine Stelle als Verwalter der Genossenschaft Konkordia angetreten. Die Ausschusssitzung war der Ansicht, die freigewordene Sekretärstelle unbedingt gleich wieder zu besetzen. Wenn auch die finanzielle Situation nicht gerade eine rosige genannt werden könne, so müßten die Verbände eventuell ein vermehrtes Opfer auf sich nehmen. Mit Einstimmigkeit wurde hierauf der von dem Bundeskomitee vorgeschlagene Kollege Müller, bisher Sekretär des christlichen Holzarbeiterverbandes, zum Sekretär des christlichen Gewerkschaftsbundes gewählt. Auch als Präsident des Gewerkschaftsbundes wurde er der Nachfolger des Kollegen Brielmaier.

Zu einem weiteren Punkte der Tagesordnung behandelte Kollege Müller in einem Vortrage die „neuzeitlichen Erscheinungen auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung“, dem er folgende Leitsätze zu Grunde legte:

1. Arbeitsgemeinschaft. Die da und dort zu Tage tretenden Anzeichen einer Annäherung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, bezw. deren Organisationen, sind zu begrüßen. Es liegt eine solche Annäherung und Verständigung im beiderseitigen Interesse. Eine nachhaltige Hebung des Gewerbes — Herbeiführung besserer Zustände im Submissionswesen, höhere Bewertung der gewerblichen Arbeit u. a. m. — kann nur durch entsprechende Zusammenarbeit der Produzenten, also Arbeitgeber und Arbeitnehmer, er-

folgen. In Verfolgung dieses Zieles betrachten wir als eines der wirksamsten Mittel den kooperativen Arbeitsvertrag, den Tarifvertrag. Dieser kann bei entsprechender Gestaltung ein wirksames Mittel zur Förderung der Interessen des ganzen Gewerbes werden. Damit er das wird, ist es in erster Linie notwendig, daß die Arbeitgeber eine weitherziger Einstellung zu demselben einnehmen.

2. Subventionierung der Arbeitslosenstellen. Die Subventionierung der Ausgaben der Gewerkschaften für Arbeitslosenunterstützung ist eine dringende Forderung an den Staat. Die in Aussicht gestellte Rückvergütung von 50 Prozent an diese Ausgaben der Gewerkschaften im Jahre 1915 von Seite des Bundes wird sehr begrüßt. Jedoch müssen wir eine alljährlich in bestimmter Höhe zu gewählende Subvention fordern. Da es bis auf weiteres kaum möglich sein dürfte, die vom Bunde zu verlangten, müssen wir unsere Forderung an die einzelnen Kantone richten. Vorbildlich ist hier die Art der Subvention der Kantone St. Gallen, Appenzell A. Rh. und Thurgau. Im Uebrigen erwarten wir, daß der Bund seine Subventionen nicht nur an sozialdemokratische, sondern an alle Arbeitslosenkassen ausrichtet.

3. Sozialpolitische Forderungen. Die von Jahr zu Jahr erfolgte Hinausschiebung der Intrafizierung der Unfallversicherung, sowie des revidierten Fabrikgesetzes müssen aufs tiefste beklagt werden. Die Wirtschaftspolitik des Bundes darf nicht nur einseitig die Unternehmerinteressen schützen, sondern hat auch schutzwürdige Interessen der Arbeitnehmer billigerweise hinreichend Rücksicht zu nehmen.

4. Die Arbeit in der Tagespresse. Um unsere Forderungen mehr Nachdruck in der Öffentlichkeit zu verschaffen, dann auch, um unsere Bewegung, deren Zweck und Bedeutung weitem Kreisen bekannt zu machen, soll mehr als bisher die öffentliche Tagespresse bemüht werden. Eine ständige Berichterstattung und Bearbeitung derselben ist dringend erforderlich. Durch Schaffung einer Spezialkommission im Gewerkschaftsbund soll dem Rechnung getragen werden.

5. Agitation. Die stets zunehmende Frauenarbeit verlangt vermehrte Aufmerksamkeit. Es liegt in derselben eine der größten Gefahren für den Arbeiter, indem hier die Frau als Lohnbrüderin gegen den Mann verwendet wird. Durch Verminderung der Ausgaben der Frauenerwerbstätigen, dann Gewinnung der Frau für die gewerkschaftliche Organisation kann dieser Gefahr begegnet werden. Der Gewinnung der ansässigen Arbeiterkraft für unsere Bewegung sollen in Zukunft vor allem unsere Bemühungen gelten, desgleichen auch der Gewinnung der Jugendlichen.

6. Konzentrierung der Kräfte im Gewerkschaftsbunde. Die neue heranbrechende Zeit, die an die Gewerkschaften die größten Anforderungen stellen wird, läßt eine vermehrte Konzentrierung der Kräfte als dringend notwendig erscheinen. Für uns dürfte sie wohl eine Lebensfrage bedeuten. Deshalb ist heute schon, wenn irgend möglich, die Vereinigung weitverstreuter Berufsorganisationen zu einem Verbande tatkraftig zu fördern. Unserer Bruderbewegung in der Schweiz wünschen wir auch unter dem neuen Präsidenten die besten Fortschritte und Erfolge.

Rundschau.

Eine Epistel an die englischen Arbeiter und Gewerkschaften hat der Geschichtswissenschaftler Lloyd George kürzlich im Unterhaus losgelassen, in der er noch 80 000 gelehrte und 2-300 000 ungelernete Arbeiter für die Munitionsfabriken verlangt und in der hitzige Vorwürfe gegen die Gewerkschaften enthalten sind. Lloyd George jagte:

„Wir brauchen Arbeiter für die neuen Fabriken. Hunderttausende Menschen neuer Beschäftigung zur Herstellung von Rüstungsgewehren bleiben unbenutzt, weil es uns an Arbeitern fehlt. Wir brauchen für die neuen Fabriken 80 000 gelehrte und 2-300 000 ungelernete Arbeiter. Davon hängt unser Erfolg im Krieg ab. Es ist wichtig, von einer Liebersubvention zu reden. Dieses Gebot dürfte aus demselben Kreise kommen. Wir erreichen trotz unserer Anstrengungen noch nicht die Produktion Deutschlands oder Frankreichs, und die Franzosen selbst halten ihre Produktion für ungenügend. Die Generale, die die Schlacht bei Loos mitgemacht haben, sagen, daß sie mit einer dreifachen Menge an Munition ein zwanzigjähriges Ergebnis erzielt haben würden. Lloyd George sagt jetzt: War acht Prozent der Maschinen, die Dreifache herstellen, arbeiten des Reichs. An gelehrten Arbeitern fehlt es. Wir haben alles getan, um gelehrte Arbeiter von der Krone bezahlen zu lassen, aber wir sind dabei auf den größten Widerstand gestoßen. Wir können nicht viel erreichen, wenn die Gewerkschaften nicht zulassen, daß ungelernete Arbeiter und Frauen die Stellen von gelehrten Arbeitern einnehmen. Die parlamentarischen Führer der Gewerkschaften haben dem zugestimmt, aber die örtlichen Gewerkschaften weigern sich. Wir würden diesen Kampf in jedem Bezirk, in jeder Stadt und in jeder Fabrik ausfechten. Wir können das Munitionsgesetz nicht zur Anwendung bringen, wenn nicht die Arbeitgeber selbst ungelernete Arbeiter nach Frauen an die Dreifache stellen. Lloyd George schlägt: davon hängt der Sieg ab. Es ist die Frage, ob wir den Krieg binnen einem Jahre pfeifend beenden können, oder ob er fünf Jahre lang hinführen wird. Es hängt alles von dem Arbeiter ab. Es kann gemacht werden. Ich weiß nicht, ob es nicht zu spät sein wird? Dies ist ein verhängnisvolles Wort! Denn wenn wir zu spät hingegangen, hier sind wir zu spät angekommen. Wir haben diesen Kampf zu spät geführt; wir haben unsere Unternehmungen zu spät begonnen, wir kommen zu spät mit unseren Vorbereitungen. Die Heere der Alliierten sind beunruhigt von dem hohen Grad des „zu spät“ verurteilt worden, und wenn wir uns nicht beeilen, wird Deutschland auf die heilige

Sache fallen, für die so viel tapferes Blut geflossen ist. Ich bitte die Arbeitgeber und die Arbeiter, das „zu spät“ nicht als Ausschritt über den Portalen der Munitionsfabriken zu wählen. Alles hängt von den allernächsten Monaten ab. Auf der letzten Konferenz der Alliierten in Paris sind Beschlüsse gefaßt worden, die den ganzen Verlauf des Krieges beeinflussen werden.“

Diese Rede enthüllt uns wieder einmal den großen Unterschied zwischen der Haltung der organisierten Arbeiter Englands und Deutschlands. In Deutschland sind solche Mahnungen an die Arbeiterchaft überflüssig, weil sie in bezug auf treue Pflichterfüllung gegenüber ihrem Vaterlande sich von niemanden übertreffen läßt.

Den Lebensmittelwucherern ins Stammbuch schreibt in seiner „Stimme der Heimat“ Feinr. Mohr folgende treffende Worte: „Sowohl, wir haben Engländer im eigenen Lande. Wo wir vor den gefüllten Kellern und Speichern über den englischen Aus Hungersplan nur zu lachen brauchen, da will ein Feind aus unserer Mitte die bleiche Not in die Hütten eurer Frauen und Kinder tragen. Ein Heer kalter Krämerseelen und gieriger Geldmacher huscht und hüpfst herum.“

Diese Verteuerer der nötigsten Lebensmittel bedenken nicht, daß wir Deutsche in dieser Zeit der Not ein einziges Volk von Brüdern sein müssen. Und soweit sie sich Christen nennen, vergessen sie, wenn sie nach dem Herrn Geheiß der Nächste werden sollen. Die Bäuerin, die lieber ihre Schuhe mit Butter schmieren will, bevor sie das Pfund um zwei Mark abgibt, die Bauern, die nicht mehr mit Kartoffeln auf den Markt fahren, weil ihnen die hohen Höchstpreise noch zu niedrig sind, der Händler, der Hunderttausende von Eiern zurückhält, bis ihm aus harter Nach-

(1885 bis 1913 wurden als Entschädigungsbeiträge an die Versicherten geleistet: Invalidenversicherung (einschl. Reichszuschuß) 2 693 778 413 Mk. Das Vermögen der Versicherungs träger betrug am 1. Januar 1914 2 105,5 Millionen Mark, der Kapitalwert der laufenden Renten 972,5 Millionen, der Kapitalwert der künftigen Beitragseinnahmen 3 915,4 Mill. Mark, denen der Zeitwert der Anwartschaften auf die Versicherungsleistungen mit 9 230,1 Mill. Mk. und die Zeitwerte der künftigen Aufwendungen für das Verfahren mit 3 887 Mill. Mk., für Verwaltungskosten mit 1 330,4 Mill. Mk. gegenüberstehen. Insgesamt verzeichnet die Bilanz der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung am 1. Januar 1914 ein Soll von 10 928,6 Mill. Mk., ein Haben von 6 020,9 Mill. Mk. Für den Fehlbetrag von 4 907,5 Mill. Mark ist auf Grund der mit der zunehmenden Bevölkerung wachsenden Neuzugänge und Abgänge, nach den Erfahrungen der Friedenszeit, Deckung zu erwarten.

Wir wollen anläßlich dieses Jubiläumstages der Invaliditäts- und Altersversicherung auch im Kriege als eines großen Friedenswerkes gedenken, das bisher zur Gesunderhaltung des deutschen Volkes in hohem Maße beigetragen hat. Nach dem Kriege wird sich die Invalidenversicherung vielleicht noch mehr wie vordem für weiteste Kreise der Bevölkerung in ihren großen Segnungen fühlbar machen.

Aus dem gewerblichen Leben.

A. Hagedorn & Co., Celluloid- und Kartwarenfabrik, A.-G. in Dönnabrück. Statt 6% im Vorjahre zahlt die Gesellschaft in diesem Jahr 5% Dividende. Der Gewinn auf Warenrechnung beträgt 421 536 Mk., gegen 791 166 Mk. im Vorjahre. Die allgemeinen Untosten ermäßigten sich auf 245 731 Mk. (i. V. 384 938 Mk.). Frachten usw. auf 22 502 Mk. (58 557 Mk.) und Zinsen und Konti auf 35 611 Mk. (65 631 Mk.). Nach auf 69 715 Mk. (112 125 Mk.) ermäßigten Abschreibungen verblieb ein Reingewinn von 47 977 Mk. (167 515 Mk.), der sich um den Vortrag von 55 154 Mk. (44 016 Mk.) auf 103 131 Mk. (211 532 Mk.) erhöht. Daraus werden 50 000 Mk. (60 000 Mk.) als 5% (6%) Dividende verteilt, der Rücklage 12 000 Mk. (20 000 Mk.) überwiesen und 41 131 Mk. (56 154 Mk.) vorgezogen. Im Vorjahre wurden außerdem auf die infolge des Krieges gefährdeten ausländischen Lager und Forderungen 50 000 Mk. abgeschrieben und der Sonderrücklage 20 000 Mk. überwiesen. Die Ermäßigung der Abschreibungen für 1914/15 wird im Geschäftsbericht damit begründet, daß ein großer Teil der Anlagerechnungen nunmehr nur noch mit 1 Mk. zu Buch steht und die Gesellschaft sich diesmal auf die ordentlichen Abschreibungen in der Höhe der bisherigen Prozentsätze beschränkt hat. Die Gesellschaft hat unter den kriegerischen Ereignissen besonders zu leiden, da die wichtigsten Rohstoffe für Heeresbedarf beschlagnahmt sind und da die Erzeugnisse der Gesellschaft zur Heereslieferung keine oder in einzelnen Fällen nur mittelbare Verwendung finden. Wenn auch zeitweilig einige Rohstoffe freigegeben wurden, so reichten die Mengen doch nicht annähernd aus, um die Betriebe der Gesellschaft in früherem Umfang aufrechterhalten zu können. Die Gesellschaft konnte deshalb den an sie gestellten Lieferungsanforderungen bei weitem nicht genügen, so daß der Wert des Gesamtumsatzes kaum die Hälfte des Vorjahres erreichte. Die höheren Gestehungskosten und die im Vergleich zum Umsatz höheren allgemeinen Untosten konnten nur zum Teil durch Preisaufschläge wieder ausgeglichen werden.

Waggonfabrik, A.-G., vorm. P. Herbrand & Co. in Köln-Ehrenfeld. Auch diese Waggonfabrik hat im letzten Jahre eine höhere Dividende herausgewirtschaftet, wie in dem Jahre vorher. Zur Verteilung gelangen 10% gegen 8% im vorhergehenden Jahre. Im Geschäftsbericht der Gesellschaft wird ausgeführt: Im Verlauf des am 30. September verflohenen Geschäftsjahres verloren wir durch Einberufung zur Jahne eine weitere Anzahl von Beamten und Arbeitern, für die, besonders was Facharbeiter anbelangt, Ersatz nicht zu beschaffen war. Während das Geschäft in Kleinbahnwagen vollständig ruhte, konnten Aufträge auf „Spezialwagen“ sowie auf Lieferungen für das Heer übernommen werden; immerhin belief sich aber der Jahresumsatz auf nur 6 643 965 Mk. (gegen 8 294 619). Der dabei erzielte Höhepunkt beträgt nach Abzug aller Geschäftsunkosten, 695 442 Mk. (- 3 301 6 A), die Abschreibungen sind mit 166 670 Mk. (162 564 Mk.) vorgezogen, sodas als Reingewinn, zuzüglich des Vortrages von 162 292 Mk. (97 263 Mk.), 691 065 Mk. (567 715 Mk.) zur Verfügung stehen. Folgende Verwendung wird empfohlen: 10% Dividende = 360 000 Mk. (8% = 288 000 Mk.), Gewinnanteile an den Aufsichtsrat 35 477 Mk. (33 003), zur Sonderrücklage 30 000 Mk. (19 420 Mk.) zur Vorkredite-Rechnung und 5 000 Mk. für Lohnsteuer, Belohnungen 30 000 (0), Kriegsunterstützungen 70 000 Mk. (im Vorjahre 30 000 Mk.) zum Arbeiter-Unterstützungs-Bestand und 30 000 Mk. zum Beamten-Unterstützungs-Bestand, Vortrag auf neue Rechnung 165 587 Mk. Die bereits gebuchten und noch in Aussicht stehenden Aufträge für die Preussische Staatsbahn-Verwaltung sichern dem Wert für die noch vorhandene Arbeiterzahl ausreichend Beschäftigung auf längere Zeit; dabei ist aber nicht zu verkennen, daß sich die Arbeiterverhältnisse, wie auch die Beschaffung der Rohstoffe bzw. deren Ersatz noch schwieriger gestalten und neben gestiegenen Löhnen und Untosten nicht ohne Einfluß auf das Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres bleiben werden.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Hamburg: Schreiben ohne Namensunterchrift sind für uns wertlos. Ein Briefschreiber muß auch den Mut haben seinen Namen anzugeben.



Unsere Helden.

Den Heldentod fürs Vaterland

Farben unsere Verbandsmitglieder:

Johann Glade, Zahlstelle Wapenburg, gestorben an Typhus in französischer Gefangenschaft.
Louis Blum, Zahlstelle Köln, gefallen bei Binnig.
Gmil Wälfraß, Zahlstelle Eibersfeld-Barmen.
August vom Bauer, Zahlstelle Eibersfeld-Barmen.
Josef Reizelsberger, Zahlstelle Fürth.

Den Heldenod fürs Vaterland fanden bisher 660 Verbandsmitglieder. Das Andenken dieser Tapferen wird im Verband allezeit in Ehren gehalten werden.

✠ Das Eisene Kreuz ✠
erhielten unsere Verbandsmitglieder:

Philipp Jahn, Vorsitzender der Zahlstelle Bremen.

frage und mangelndem Angebot ein reicheres Gemma erwünscht, hier, die Verteuerer der nötigsten Bedürfnisse von der Milch und dem Fleisch bis zur Wäsche und zum Bindfaden: alle handeln an dem Manne auf dem Wege nach Jerusalem nicht wie der Samaritaner, sondern wie die Räuber. Andere sollen darben, damit sie selber fest werden! Andere sollen den letzten Pfennig hergeben, damit sie selber Samuel und Kassenjehran füllen können! Wahrlich, ihr Soldaten im Felde müßtet keine Deutschen und Christen sein, wenn ihr nicht die Hände halten würdet vor Jorn über solch schändliches Treiben in der Heimat! Mit Recht steht vor euren Augen jetzt das Bild, wie Jesus Christus den Tempel reinigte. Die Kriegsmuster gehören auch mit Striden aus dem Tempel gejagt; sie beschmutzen und schänden mit ihrer Gegenwart das Haus des Herrn, wenn sie beim Gottesdienste zu erscheinen wagen. Die Religion spricht das schwerste Urteil über sie aus: sie müssen in Keue und Buße ihr ungerecht erworbenes Gut auf heller und Himmig zurückerrichten an die Armen oder das Reich, sonst wird ihre Schuld ewig ungefüllt zum Himmel wider sie um Rede werden; denn es ist Blutschuld, Keue und Mord an den Schwachen und Armen, den Frauen und Kindern, die an Gesundheit und Leben Schäden nehmen durch die Unterernährung.“

Ein Jubiläum der deutschen Invalidenversicherung. Am 1. Januar 1916 sind 25 Jahre verflossen, seitdem das Gesetz betreffend Invaliden- und Altersversicherung, das vom 22. Juni 1889 datiert ist, in Kraft getreten ist. Unter diesem Gesichtspunkt gewinnen die dem Reichstag vor kurzem jugendlichen Nachrechnungen über die Vermögenslage der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung am 1. Januar ganz besonderes, erhöhtes Interesse.

Am 1. Januar 1914 belief sich die versicherte Bevölkerung auf über 16,4 Millionen Personen, d. i. fast genau der vierte Teil der gesamten Bevölkerung des Reiches, der durchschnittliche Jahresbeitrag eines männlichen Versicherten betrug 16,40 Mk., der eines weiblichen Versicherten 10,36 Mk., die Beitragseinnahmen im Jahre 1913 nahezu 290 Mill. Mk. Es wurden entrichtet bei der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung 1913: Einmalig festgesetzte Renten 192 573 Personen, laufende Renten 1 102 159 Personen, einmalige Leistungen 8542 Personen. Die gezahlten Entschädigungen betragen: Invaliden- u. Hinterbliebenenversicherung (einschl. Reichszuschuß) 217 926 303 Mk. In 28 Jahren

„Deutsche Arbeit“

Monatschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft.

Bestellungen können erfolgen bei der Post, bei allen Buchhandlungen, beim Verlag, oder bei der Geschäftsstelle in Köln. Der Abonnementspreis beträgt jährlich 6 Mk., halbjährlich 3 Mk., vierteljährlich 1,50 Mk. Bei Anzeigenentgeltung vierteljährlich 0,30 Mk. Nachzahlung.

Anzeigen der Zahlstellen.

Köln-Mün. Arbeitsnachweis und Büro Beslerwall 9. Telefon A 3210.
Berlin. Büro Berlin O 27, Blumenstraße 75. Telef. Amt Alexander 100.
Bonn. Arbeitsnachweis u. Büro Pfeifferwall 1. Frankfurt a. M. Arbeitsnachweis und Büro Niedstr. 22. Telefon-Amt I 9440.
Hamburg. Arbeitsnachweis und Büro Bremerste 29. Telefon Gruppe V 1478.
Saarbr. Arbeitsnachweis und Büro Im Rosenthal 16. Telefon 7766.
Düsseldorf. Arbeitsnachweis u. Büro Zentgrafstraße 37. Telefon 10503.

Jahrbuch 1916.

Jedem Mitgliede ist die Anschaffung des Jahrbuches dringend zu empfehlen.

Der Preis beträgt 50 Pfg. ausschl. Porto.

Zu bestellen bei der Geschäftsstelle des Verbandes,

Cöln, Venloerwall 9.